

B

Ausgabe März 2015

BERICHT AUS DEM LANDTAG

**CHEF DER STAATSKANZLEI
IM FOKUS DER KRITIK:**

DER FALL RITTERHUDE

Thema des Monats
DER FALL RITTERHUDE

Klartext
**UND PLÖTZLICH IST DER TERROR
GANZ NAH**

Aktuell
FLÜCHTLINGSWELLE AUS KOSOVO

Aus dem Parlament
STASI-VERBRECHEN IN NIEDERSACHSEN

Aus dem Parlament
**VERTRAUEN IN KRANKENHÄUSER
STÄRKEN**

Aus dem Parlament
ROT-GRÜNES SCHULGESETZ

Interview
**EDITHA LORBERG IST NEUE STELLVER-
TRETENDE FRAKTIONS-VORSITZENDE**

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

„Was ist da eigentlich los in Hannover?“ – diese Frage bekomme ich im Moment häufig auf Veranstaltungen gestellt. Der Missbrauch von Dienstwagen, der Verkauf von Examensklausuren durch einen Prüfer und dessen spektakuläre Flucht, die unzureichende Beaufsichtigung von Straftätern im Maßregelvollzug und in der Sicherungsverwahrung, die vielen Pannen im Edathy-Ermittlungsverfahren, die fehlerhaften Löschungen von Daten beim Verfassungsschutz und zuletzt die offenbar fehlenden Genehmigungen beim explodierten Chemiewerk in Ritterhude.

Diese Landesregierung stolpert von einer Affäre in die nächste und häufig steckt sie mittendrin. Diese Affären müssen aufgeklärt werden. Darauf haben die Beteiligten und die Öffentlichkeit einen Anspruch. Hier ist inzwischen Ministerpräsident Weil persönlich gefordert. Solange er auf Intransparenz und Vertuschung setzt, wird die Landeshauptstadt nicht zur Ruhe kommen.

Dann werden wir auch weiterhin gefragt: „Was ist da eigentlich los in Hannover?“



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

DER FALL RITTERHUDE

Noch immer zahlreiche Ungereimtheiten um Explosion von Chemiefabrik im Landkreis Osterholz - Chef der Staatskanzlei im Fokus der Kritik



Monate sind seit der Explosion der Chemiefabrik in Ritterhude vergangen – die Ursache ist bis heute ungeklärt. Foto: dpa

Mehr als fünf Monate sind vergangen, seit es in der Chemiefabrik Organo Fluid in Ritterhude im Landkreis Osterholz zu einer schweren Explosion gekommen ist. Ein Mann starb – zahlreiche Anwohner konnten bis heute nicht in ihre Häuser zurückkehren. Die Ursache für die Explosion ist weiterhin ungeklärt. Überhaupt scheint es rund um die Fabrik seit Jahren zahlreiche Ungereimtheiten zu geben. So erklärte Umweltminister Wenzel Ende Januar im Niedersächsischen Landtag, der Chemiebetrieb habe überhaupt keine Genehmigung zur Verbrennung von Sondermüll in Ritterhude gehabt. Das Unternehmen beteuert das Gegenteil.

NDR-Bericht erhebt schwere Vorwürfe gegen Mielke

In den letzten Wochen geriet vor allem die Kreisverwaltung Osterholz immer mehr in die Kritik und mit ihr der ehemalige Landrat des Landkreises Osterholz und heutige Chef der Staatskanzlei, Jörg Mielke (SPD). Anwohner berichteten gegenüber verschiedenen Medien, ihre Bedenken hinsichtlich der Chemiefirma mitten in einem Wohngebiet seien von den zuständigen Behörden mehrfach abgewimmelt worden. „Dass Mielke als Landrat, der zuvor auch als Bau- und Umweltdezernent des Landkreises tätig war, nichts von den umstrittenen Aktivitäten auf dem Firmengelände mitbekommen haben will, scheint mehr als fragwürdig“, sagt der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer.

Bestärkt wird diese Vermutung durch einen Bericht des NDR, der schwere Vorwürfe gegen die rechte Hand des Ministerpräsidenten erhebt. Mielke habe als Baudezernent und später als Landrat möglicherweise über Jahre hinweg die illegale Lagerung von Gefahrgut auf dem Gelände der Fabrik toleriert, so der NDR. Bäumer: „Aus der Niedersächsischen Bauordnung geht eindeutig hervor, dass derartige rechtswidrige Zustände nicht geduldet werden dürfen.“

Im Rahmen des Februar-Plenums hatte der CDU-Umweltexperte den Chef der Staatskanzlei deshalb aufgefordert, zu den Vorwürfen umfassend Stellung zu nehmen. Es folgte eine kurzfristig anberaumte Pressekonferenz des Staatssekretärs – die Vorwürfe gegen ihn konnte Mielke dabei jedoch nicht glaubhaft entkräften.

Eklat im Niedersächsischen Landtag

Auch die Landesregierung konnte oder wollte nicht recht zur Aufklärung des Ritterhude-Unglücks und der Verstrickung Mielkes in den Fall beitragen. „In den Landtagsdebatten sind zentrale Fragen unbeantwortet geblieben, obwohl der Landesregierung die nötigen Informationen vorgelegen haben“, kritisiert Bäumer. Was folgte, war ein handfester Eklat im Landtag: Nachdem Bäumer die Landesregierung mit eigenen Rechercheergebnissen und Informationen konfrontierte, nutzten SPD und Grüne ihre Einstimmenmehrheit, um eine Aussprache darüber zu verhindern. Aus Protest verließen die Abgeordneten von CDU und FDP den Plenarsaal. „Wenn die Regierungsfaktionen dafür sorgen, dass uns als Opposition wichtige Informationen vorenthalten werden, können wir das nicht einfach hinnehmen“, betont Bäumer.

Solange der Verdacht im Raum stehe, dass die Landesregierung bewusst Informationen zurückhalte, um Staatssekretär Mielke aus der Schusslinie zu nehmen, müsse man davon ausgehen, dass der Vorwurf schwerer Amtspflichtverletzungen berechtigt sei. Bäumer: „Wir werden in der Angelegenheit weiter auf Aufklärung drängen. Schließlich erwarten die Bürger vom höchsten Beamten des Landes Niedersachsen zu Recht, dass er über jeden Zweifel erhaben ist.“



Martin Bäumer, MdL – umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

KLARTEXT:

UND PLÖTZLICH IST DER TERROR GANZ NAH

von Angelika Jahns

Der Moment, in dem die Entscheidung fiel, den Schoduvel, Norddeutschlands größten Karnevalsumzug, aufgrund einer „sehr konkreten“ terroristischen Bedrohung abzusagen, gehört mit Sicherheit zu den ganz traurigen Kapiteln in der Braunschweiger Stadtgeschichte. Statt der erwarteten rund 250.000 Menschen und buntgeschmückten Wagen fuhrn Polizeifahrzeuge durch die verwaisten Straßen der Innenstadt. Die Bilder aus Paris und Kopenhagen waren schrecklich – doch schien der Terror weit weg zu sein von Niedersachsen. Und plötzlich, von einem Moment auf den anderen, ist er ganz nah.

Nur die Landesregierung hat den Ernst der Lage scheinbar noch immer nicht begriffen. Der Innenminister hält eine „neue Einschätzung der abstrakten Gefährdungslage“ nicht für nötig – eine gestiegene Terrorgefahr für Niedersachsen sieht er nicht. Für Ministerpräsident Weil zeigt der Vorfall lediglich, dass die Sicherheitsbehörden der Islamisten-Szene in Niedersachsen dicht auf der Spur sind. Wenn dem so ist, warum gibt es dann noch immer keine Erkenntnisse über die genauen Hintergründe des verhinderten Attentats? Seit der mehr als dürftigen Unterrichtung im Verfassungsschutzausschuss am Tag danach hüllt sich das Innenministerium in Schweigen.

Die Entscheidung der Sicherheitsbehörden, den Schoduvel abzusagen, war vermutlich richtig. Doch damit ist die Sache längst nicht ausgestanden. Tatsächlich zeigen die Ereignisse in Braunschweig, wie schnell aus einer abstrakten eine tatsächliche Bedrohung direkt vor unserer Haustür werden kann. Und die Pläne des Anschlags in Braunschweig laufen weiter frei herum. Sie haben ihr schlimmes Ziel noch nicht erreicht. Es ist naiv anzunehmen, dass sie mit der Absage des Umzugs ihre Attentatspläne grundsätzlich aufgegeben haben.



Angelika Jahns, MdL – innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

Offenheit und Toleranz zählen zu den höchsten Gütern unserer Demokratie. Wir dürfen nicht zulassen, dass Terroristen uns in unserer Lebensführung einschränken. Im Gegenteil: Wir müssen alles daran setzen, unsere freiheitliche Gesellschaft gegen den Terror zu schützen. Das heißt aber auch, dass wir eine offene Debatte über die innere Sicherheit in unserem Land führen müssen – ohne Denkverbote oder ideologische Hysterie.

Die Sicherheitsbehörden in Niedersachsen müssen in die Lage versetzt werden, angemessen auf die Terrorgefahr zu reagieren. Dazu müssen Polizei und Verfassungsschutz besser ausgestattet werden – personell und materiell. Zudem brauchen wir die Vorratsdatenspeicherung als notwendiges Instrument der Strafverfolgung und zur Aufklärung von Anschlägen.

Seit dem Regierungsantritt hat die Regierung Weil das Thema Islamismus nahezu ignoriert: Das „Handlungskonzept Islamismus“ der CDU-geführten Landesregierung wurde eingestampft und die Extremismus-Informationsstelle im Verfassungsschutz aufgelöst. Eine Beratungsstelle gegen Salafismus gibt es trotz Ankündigung bis heute nicht, genauso wenig wie Aussteigerprogramme für Syrien- bzw. IS-Heimkehrer. Es ist höchste Zeit, dass der Innenminister endlich ein deutliches Signal gegen islamistischen Terror in Niedersachsen setzt – zur Not auch gegen den Willen seines grünen Koalitionspartners.

AKTUELL

FLÜCHTLINGSWELLE AUS KOSOVO

Zahl der Asylanträge aus dem Westbalkanstaat steigt rasant an – CDU fordert von Innenminister Pistorius mehr Konsequenz in der Flüchtlingspolitik

Die Rede ist von einer „Asyl-Lawine“, einem „Massen-Exodus“ – der Kosovo „drohe auszubluten“: Die Deutsche Botschaft in Pristina warnt in einem Bericht vor einer Asylbewerberwelle, die aus dem Kosovo auf Westeuropa zurollt. Tatsächlich hat sich die Zahl der Asylanträge in Deutschland binnen eines Monats nahezu verdoppelt: Im Dezember 2014 stellten laut Bundesinnenministerium 1956 Kosovaren einen Antrag auf Asyl in der Bundesrepublik – im Januar 2015 waren es bereits 3630. Tendenz weiter steigend. Hauptgrund ist die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes mit einer Arbeitslosenquote von rund 45 Prozent.

Niedersächsische Kommunen überlastet

Für Niedersachsen droht diese Entwicklung zum Problem zu werden. Angesichts des Flüchtlingsstroms aus Krisengebieten wie Syrien, dem Irak oder der Ukraine wird die Unterbringung der Flüchtlinge für die Kommunen immer mehr zur Belastung. Eine zusätzliche Flüchtlingswelle aus den Westbalkanstaaten könnten sie kaum stemmen. Zumal die Chancen, dauerhaft in Deutschland bleiben zu können, für Flüchtlinge aus dem Kosovo denkbar schlecht stehen – die Anerkennungsquote ihrer Asylanträge liegt bundesweit bei gerade einmal 1,1 Prozent.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert Innenminister Boris Pistorius angesichts dieser Entwicklung zu mehr Konsequenz in der Flüchtlingspolitik auf. „Der Minister muss endlich entscheiden, was er will“, sagt CDU-Fraktionschef Björn Thümler. „Auf der einen Seite fordert er mehr Steuerung in der Asylpolitik, gleichzeitig schafft er aber alle Mechanismen dafür ab.“ So erschwere der unter Pistorius ergangene Rückführungserlass den Umgang der Kommunen mit den Flüchtlingen – vor allem auf Grund der Ankündigung von Abschiebungen. Auch die von den Innenministern der Länder mit Blick auf die Kosovo-Problematik beschlossene Beschleunigung der Asylverfahren wird in Niedersachsen durch den Erlass behindert.

Lähmende rot-grüne Zerrissenheit in Asylrechtsfrage

„Das Kernproblem des Ministers sind die Grünen“, so Thümler. „Pistorius schafft es nicht, sich durchzusetzen.“ Das habe sich bereits 2014 gezeigt, als Niedersachsen im Bundesrat der Änderung des Asylrechts nicht zustimmte. Auch in der Kosovo-Debatte schießen die Grünen quer. So kündigte die Grünen-Landtagsabgeordnete Filiz Polat



Björn Thümler, MdB – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

an, die Landesregierung werde schnelleren Abschiebungen sowie der Einstufung des Kosovo als sicheres Herkunftsland nicht zustimmen. Sollte der Innenminister das anders sehen, müsse er diese Meinung gegenüber seinen Länderkollegen als Privatperson vertreten. Thümler: „Das ist schlichtweg lächerlich. Die rot-grüne Zerrissenheit in der Asylrechtsfrage lähmt die niedersächsische Flüchtlingspolitik.“

Um eine Verschärfung der Situation in den Kommunen zu verhindern, fordert die CDU-Fraktion bei Ablehnung von Asylanträgen eine konsequente Rückführung in die Heimatländer. „In Anbetracht der zahlreichen internationalen Krisenherde benötigen wir alle zur Verfügung stehenden Kapazitäten“, betont Thümler. Flüchtlinge, deren Asylanträge kaum Aussicht auf Anerkennung hätten, dürften deshalb gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden, sondern müssten bis zur Entscheidung über ihre Anträge in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Auch die Vergabe von Bargeld an Wirtschaftsflüchtlinge lehnt die CDU ab und plädiert stattdessen für Gutscheine und Sachleistungen. „Grundsätzlich muss es unser Ziel sein, das Kosovo beim wirtschaftlichen Aufbau zu unterstützen, um den Menschen in ihrer Heimat gute Lebens- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen“, sagt Thümler.

AUS DEM PARLAMENT

STASI-VERBRECHEN IN NIEDERSACHSEN

Enquete-Kommission befasst sich mit Opfern und Handlangern der DDR-Diktatur in Niedersachsen

Spionage, Entführung, Mord: Den Agenten und Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) war jedes Mittel recht, um Willen und Ideologie des SED-Regimes durchzusetzen. Selbst außerhalb des eigenen Machtbereichs unterhielt die Stasi dafür ein dichtes Netz von Mitarbeitern und Informanten – auch in Niedersachsen. Auf Initiative der CDU-Fraktion hat der Niedersächsische Landtag zur Aufklärung der Unrechtstaten von Stasi-Mitarbeitern in Niedersachsen die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ beschlossen. Zum ersten Mal befasst sich damit ein westdeutscher Landtag mit Verbrechen der Staatssicherheit außerhalb der DDR.

Hunderte Stasi-Spitzel in Niedersachsen

In kaum einem anderen Bundesland haben sich so viele Menschen für die Stasi verdingt wie in Niedersachsen: Über 200 Menschen sollen hier für die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS tätig gewesen sein. Von der Hausfrau bis zum Beamten hatte die Stasi alle gesellschaftlichen Schichten infiltriert. „Jeder konnte zum Opfer werden: Politiker ebenso, wie Regime-Gegner oder auch Aktivisten der Umweltbewegung“, sagt Volker Meyer, Obmann der CDU-Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission. „Ihnen soll durch die Aufarbeitung der Stasi-Machenschaften ein Stück weit Gerechtigkeit widerfahren.“

Denn die Aktivitäten der Stasi beschränkten sich nicht auf Spionage und Bespitzelung. Auch Entführungen in die Gefängnisse der Staatssicherheit wurden durch Agenten und Informanten durchgeführt oder ermöglicht. Der Arm des Geheimdienstes reichte so weit, dass Dissidenten und Fluchthelfer sogar in der Bundesrepublik ermordet wurden. Opfer und Angehörige haben bis heute kaum eine Wiedergutmachung erhalten. „Viele Menschen leiden bis



Volker Meyer, MdB – CDU-Landtagsabgeordneter und Obmann der Fraktion in der Enquete-Kommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

heute unter dem Unrecht und der Gewalt, die ihnen angetan wurde, weil viele Täter und Mitwisser noch immer ein unbehelligtes Leben führen“, so Meyer. Die Identifizierung der Täter und eine Entschädigung der Opfer sind daher zentrale Aufträge der Kommission.

Bedrohung der öffentlichen Sicherheit

Neben dem individuellen Leid der Opfer stellten die Stasi-Aktivitäten in Niedersachsen auch eine immense Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dar. Hochsensible Daten aus Politik und Zivilverteidigung gelangten durch informelle Mitarbeiter in die DDR. Die Spionageabwehr des Niedersächsischen Verfassungsschutzes war über Jahre hinweg praktisch wirkungslos, da sie durch zwei Spione unterwandert war. „Auch nach über 25 Jahren haben diese Verbrechen nichts von ihrer Aktualität verloren – sie stellen nach wie vor einen massiven Angriff auf die demokratischen Grundwerte dar“, betont Meyer.

Bis Ende März 2017 soll die Kommission die Kollaboration niedersächsischer Bürger mit dem Unrechtsregime der DDR aufarbeiten. „Mit der Enquete-Kommission haben wir nun die Möglichkeit, die Unrechtstaten der Stasi in Niedersachsen umfassend zu durchleuchten. Wir haben das Glück, dass es noch viele Zeitzeugen gibt, die ihre Geschichte erzählen können. Das ist ein immenser Vorteil, der selten ist bei der Aufarbeitung historischer Verbrechen.“

Neben Obmann Volker Meyer arbeiten für die CDU-Landtagsfraktion die Abgeordneten Heidemarie Mundlos, Sebastian Lechner und Rainer Fredermann in der Enquete-Kommission mit. SPD und Grüne stellen sechs Abgeordnete, die FDP einen. Außerdem werden sechs Sachverständige in der Kommission tätig sein.



Auch in Niedersachsen spionierten hunderte Agenten und Mitarbeiter der Stasi.

Foto: dpa

AUS DEM PARLAMENT

VERTRAUEN IN KRANKENHÄUSER STÄRKEN

Landtag setzt nach Krankenhausmordserie in Delmenhorst und Oldenburg Ausschuss zur Verbesserung der Patientensicherheit ein – CDU übernimmt den Vorsitz

Wie viele Patienten der ehemalige Krankenpfleger Niels H. in den Kliniken Oldenburg und Delmenhorst tatsächlich tötete, ist noch unklar. Doch schon jetzt steht fest: Es ist die schlimmste Mordserie, die es in Niedersachsen je gegeben hat. Bislang hat H. vor dem Landgericht Oldenburg 90 Taten gestanden – 30 Patienten sollen gestorben sein.

Doch nicht nur der Schrecken über die unfassbaren Taten sitzt bei den Menschen in Niedersachsen tief, auch das Vertrauen in die Arbeit der Kliniken im Land hat gelitten. Neben der strafrechtlichen Aufklärung durch die Staatsanwaltschaft soll sich deshalb jetzt ein eigens eingerichteter Landtagsausschuss mit der dauerhaften Stärkung der Patientensicherheit beschäftigen. Ein von allen Landtagsfraktionen getragener Antrag zur Einsetzung des Sonderausschusses ist im Rahmen des Februar-Plenums einstimmig verabschiedet worden.

Ausschuss beruht auf Initiative der CDU

Der Ausschuss setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen – jeweils sechs Abgeordnete von CDU und SPD, zwei von den Grünen und ein Vertreter der FDP. Den Vorsitz übernimmt der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Calderone, Obfrau der CDU ist Annette Schwarz. Die weiteren Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion sind: Petra Joumaah, Dr. Max Matthiesen, Volker Meyer und Dr. Stefan Siemer. Der Ausschuss ist zunächst zeitlich befristet und soll seine Arbeit möglichst bis Ende März 2016 abschließen.

Die Initiative für die Einrichtung des Ausschusses stammt von der CDU. Die Fraktion hatte sich bereits im Dezember-Plenum dafür eingesetzt und das Thema in einer Mündlichen Anfrage aufgegriffen. „Es ist uns wichtig, die Umstände der Todesfälle, die dem ehemaligen Krankenpfleger Niels H. angelastet werden, aufzuklären. Soetwas darf sich in Niedersachsen niemals wiederholen“, betont Schwarz.



Annette Schwarz, MdB – CDU-Landtagsabgeordnete und Obfrau der Fraktion im Sonderausschuss zur Stärkung der Patientensicherheit

Überprüfung von Betriebsabläufen und Kontrollmechanismen

Im Mittelpunkt der Ausschussarbeit soll die Überprüfung der vorhandenen Betriebsabläufe und Kontrollmechanismen im Gesundheitswesen stehen. Ziel ist es die Patientensicherheit zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die medizinische Versorgung zu erhöhen.

Zentrale Fragen dabei sind: Wie konnte es dazu kommen, dass trotz der erhöhten Sterberate in Delmenhorst und Oldenburg kein Alarm geschlagen wurde? Gibt es Organisationsdefizite beziehungsweise strukturelle Fehler in der Klinikorganisation der betroffenen Häuser? Wie kann die Kommunikation und der Austausch zwischen den verschiedenen Institutionen wie Kliniken, Rettungsdiensten und Seniorenpflegeheimen verbessert werden?



Christian Calderone, MdB – CDU-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Sonderausschusses zur Stärkung der Patientensicherheit

AUS DEM PARLAMENT

ROT-GRÜNES SCHULGESETZ

Kultusministerin bringt Chancenvernichtungsgesetz trotz Protest und Ablehnung auf den Weg



Kultusministerin Heiligenstadt ist zu keinem Kompromiss bereit und der Schulfrieden deshalb immer noch in weiter Ferne.
Foto: dpa

Kai Seefried, MdB – schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Schüler und Lehrer demonstrieren zu Tausenden, Verbände starten Petitionen, Eltern bangen um die Ausbildungschancen ihrer Kinder – seit Monaten stehen sie auf den Barrikaden. Grund dafür: der rot-grüne Schulgesetzentwurf. Dennoch wurde das Gesetz im Februar-Plenum in den Landtag eingebracht. „Dieses Schulgesetz hat nichts mit der Gestaltung einer modernen Schullandschaft zu tun. Es ist Bildungsideologie aus der Mottenkiste der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts“, sagt der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried.

Drastische Eingriffe in die Bildungsvielfalt

Ablehnung regt sich vor allem wegen drastischer Eingriffe in Vielfalt und Struktur des Schulsystems. „Das Schulgesetz schränkt nicht nur die Auswahlmöglichkeiten für Eltern und Schüler ein – es schafft auch ein Einheitsschulsystem“, betont Seefried. „Schule sollte aber keine Gleichheit herstellen, sondern Verschiedenheit und Individualität fördern.“ Grund für die Kritik: die Gesamtschule soll zur ersetzenden Schulform für alle anderen weiterführenden Schulformen werden, während die Förderschule Lernen vollständig abgeschafft wird. Damit würde das Gymnasium als beliebteste Schulform bedroht und 160 Förderschulen in Niedersachsen abgeschafft. Gleichzeitig wird bei der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium keine Option auf eine Schulzeitverkürzung für leistungsstarke Schüler eingeräumt. „Wichtige Details gehen in dem Wust der rot-grünen Schulgesetzänderung vollkommen unter“, sagt Seefried. „Was wir brauchen, ist eine Debatte über Inhalte und nicht über Strukturen – dass es hier um das Wohl der Kinder geht, scheint die Kultusministerin vollkommen aus den Augen verloren zu haben.“

CDU-Landtagsfraktion legt Gegenvorschlag vor

Um die Debatte wieder zu versachlichen, hat die CDU-Landtagsfraktion parallel zum Schulgesetzentwurf einen Antrag mit einem inhaltlichen Gegenvorschlag vorgelegt. Wichtigste Unterschiede: die Gesamtschule soll eine Angebotsschule bleiben und keine anderen Schulformen schwächen. Ebenfalls soll die Förderschule Lernen erhalten bleiben und Inklusion nicht erzwungen werden. „Inklusion kann Teilhabechancen eröffnen, sie ist aber kein Selbstzweck – Eltern müssen weiterhin die Option haben, dass ihre Kinder von spezialisierten Förderschulen profitieren“, so Seefried. „Die Kultusministerin hat nichts versucht, um die Gemüter zu beruhigen, sie beharrt auf einer Politik, die viele Menschen in Niedersachsen strikt ablehnen.“ Wie groß die Entrüstung nach wie vor ist, wird an einer gemeinsamen Online-Petition des Philologenverband Niedersachsen, von Elternvertretern der Förderschule Lernen und des Verbands der Elternräte der Gymnasien Niedersachsens deutlich: Allein in den ersten drei Wochen wurden bereits 10.000 Unterschriften gesammelt. „Die Ministerin sollte mit den Menschen in einen Dialog treten – sie haben es satt, dass ihre Sorgen keinerlei Beachtung finden. Lehrer, Schüler und Eltern werden weiter Sturm laufen – eine Entspannung der Lage ist weiterhin nicht in Sicht.“

Die Online-Petition gegen den rot-grünen Schulgesetzentwurf finden Sie noch bis zum 8. Mai 2015 im Internet unter:

www.openpetition.de/petition/online/frau-ministerin-erhalten-sie-unsere-schulische-vielfalt-und-das-elternrecht-auf-freie-schulwahl

INTERVIEW

NEUE STV. CDU-FRAKTIONSVORSITZENDE: GESPRÄCH MIT EDITHA LORBERG

Am 3. Februar haben die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion Editha Lorberg zur neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Sie leitet ab sofort die Bereiche Innen, Sport, Recht und Verfassung und bleibt darüber hinaus Vorsitzende des Arbeitskreises Petitionen. Amtsvorgängerin Mechthild Ross-Luttmann stellte ihren Posten im Geschäftsführenden Vorstand nach zwei Jahren aus privaten Gründen zur Verfügung. Sie bleibt der CDU-Landtagsfraktion als Abgeordnete und Vorsitzende im Arbeitskreis Recht und Verfassung erhalten. Im Interview spricht Editha Lorberg über die ersten Tage im neuen Amt und aktuelle Herausforderungen in der Innenpolitik.

Wie haben Sie reagiert, als Sie für den Posten der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen wurden?

Lorberg: Ich habe nicht damit gerechnet – in der laufenden Legislaturperiode ist es ja eher ungewöhnlich, dass so ein Amt plötzlich frei wird. Dann überwog aber die Freude über das mir entgegen gebrachte Vertrauen.

Hat Ihnen Mechthild Ross-Luttmann Ratschläge für die Arbeit im Geschäftsführenden Vorstand mit auf den Weg gegeben?

Lorberg: Wir haben uns über die Abläufe unterhalten und sie hat zugesagt, mir in der Einarbeitungsphase beratend zur Seite zu stehen. Für ihre Hilfe bin ich natürlich sehr dankbar und greife gerne darauf zurück.

Was ist ihrer Meinung nach die größte Herausforderung in der Innenpolitik?

Lorberg: Seit Monaten beschäftigt uns die steigende Zahl von Kriegsflüchtlingen, die nach Niedersachsen kommen. Die Landkreise fordern vor allem eine gerechte und zumutbare Verteilung der Flüchtlinge. Es wird vor Ort auf Antworten und Lösungen gewartet – hier sehe ich die rot-grüne Landesregierung nicht unbedingt als Vorreiter. Darum müssen wir Motor und Antrieb sein, damit etwas passiert.

Wie sind die ersten Eindrücke, die Sie in ihrer neuen Position sammeln konnten?

Lorberg: Es ist ein bisschen wie Schwimmen lernen: man wird ins Wasser geworfen und dann geht es los. Das ist aber unproblematisch – der Geschäftsführende Vorstand ist ein hervorragendes Team: Die Arbeit ist klar strukturiert, professionell und macht Spaß und auch vom wissenschaftlichen Dienst erhalte ich große Unterstützung. Daher freue ich mich auf die neuen Herausforderungen.



„Ich habe hohen Respekt für die Entscheidung von Mechthild Ross-Luttmann“, sagte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Björn Thümler.



Björn Thümler gratuliert der frischgewählten stellvertretenden Vorsitzenden Editha Lorberg.



Arbeiten weiterhin eng in der Fraktion zusammen: die neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende Editha Lorberg mit dem Fraktionsvorsitzenden Björn Thümler und Amtsvorgängerin Mechthild Ross-Luttmann (v.r.n.l)

TERMINE

11. März
Konferenz der CDU-Landtagsfraktion mit der Maritimen Wirtschaft in Wilhelmshaven

16. – 20. März
Messe: CeBIT Hannover

18. – 20. März
Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>